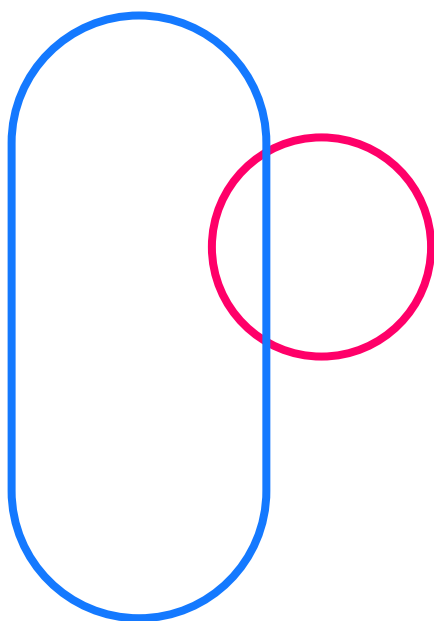
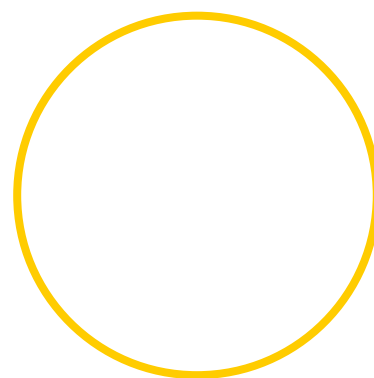


Alles Schule, oder was? Junge Menschen in Zeiten von Corona

Beschluss der
44. Vollversammlung am 29.05.2021



Kurz gesagt!

- Junge Menschen haben vielfältige Rollen und Aktionsfelder, die es gleichberechtigt zu würdigen gilt.
- Die Sozialisation junger Menschen ist mehrdimensional und findet nicht ausschließlich in Familie und Schule statt.
- Junge Menschen sind in Entscheidungsprozesse zur Bekämpfung der Pandemie zu beteiligen.
- Die Corona-Pandemie hat die Existenzberechtigung einer (eigenständigen) Jugendpolitik offenbart. Jugend ist eine eigenständige Lebensphase mit individuellen Bedarfen, die Berücksichtigung finden muss.

Alles Schule, oder was? Junge Menschen in Zeiten von Corona

Junge Menschen sind mehr als Schüler*innen!

Die Corona-Pandemie hat mehr als deutlich gezeigt, dass junge Menschen viel zu oft auf ihre Rolle als Schüler*innen reduziert werden. Damit einhergeht, dass dem System *Schule* eine überbordende Bedeutung im Sozialisationsprozess junger Menschen beigemessen wird. Allerdings ist die fachliche Erkenntnislage eine andere: Die Sozialisation junger Menschen ist vielschichtig und nicht nur auf die formalen Bildungsorte zu reduzieren.

Es steht außer Frage, dass in Pandemiezeiten die Kontaktreduzierung als Mittel der Pandemiebekämpfung richtig ist. Fraglich ist allerdings, warum jugendliche Lebenswelten derart eindimensional betrachtet werden und der Bildungsort Schule in der Diskussion immerwährend oberste Priorität genießt. Dahintersteht die Annahme, dass Bildung in rein formalen Settings stattfindet. Bildung ist aber mehr als Schule und junge Menschen sind mehr als Schüler*innen.

Jugendbeteiligung! – Darf's ein bisschen mehr sein?

Die Corona-Pandemie hat offengelegt, dass Jugendbeteiligung – wenn es *ernst* wird – nicht viel mehr als unverbindliche Bekenntnisse sind. Junge Menschen haben – wenn sie sich mit Corona infiziert haben – häufig einen weniger schwerwiegenden Krankheitsverlauf zu erwarten. Gleichzeitig ist ihre Rolle in der Pandemiebekämpfung eine zentrale, da sie – gerade, wenn sie asymptomatisch sind – den Virus weitertragen können. Insofern ist es nicht verständlich, warum nicht viel stärker junge Menschen in den Diskurs einbezogen – ja gar beteiligt – worden sind. Der politische Mut, jungen Menschen Verantwortung in der Sache zu übertragen oder sie zumindest nach ihrer Meinung zu fragen, fehlte offenbar. In der ersten Corona-Welle im Frühjahr 2020 ist dies aus Gründen der

Notwendigkeit des schnellen Handelns noch verständlich. Nach einem Jahr Pandemie wäre es endlich Zeit, die sachliche Debatte mit jungen Menschen und deren Einbeziehung in Entscheidungsprozesse zu führen. Wenn die Interessen junger Menschen bei Entscheidungen wirklich berücksichtigt werden, erhöht dies nicht nur die Plausibilität von Entscheidungen, sondern sichert auch, dass sich junge Menschen an Einschränkungen halten, die sie selbst mit ausgehandelt haben.

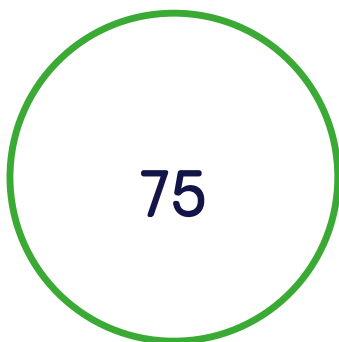
Jugendpolitik wieder auf Anfang?

Es ist unstrittig, dass die politischen Entscheidungsträger*innen in der Pandemie vorrangig, aber nicht ausschließlich, die sogenannten vulnerablen Gruppen schützen müssen. Zu denen zählen junge Menschen nur selten. Dennoch sind sie in vollem Maß, und teils mehr als Erwachsene, von den Auswirkungen der Pandemiebekämpfung betroffen. Sei es durch Kontaktreduzierung, Homeschooling, psychische Belastungen, finanzielle Sorgen, Zukunftssängste oder die nicht vorhandenen Möglichkeiten der peer-orientierten Freizeitgestaltung. Die Pandemie hat deutlich gemacht, dass der Stellenwert der Jugend und die damit im Zusammenhang stehende (eigenständige) Jugendpolitik nicht ausreichend sind.

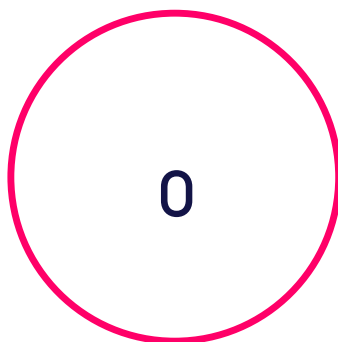
Beschluss

1. Die Positionierung wird beschlossen.
2. Der Vorstand sowie die Vertreter*innen der Jugendverbände im Landesjugendhilfeausschuss werden beauftragt, hierzu den politischen und fachpolitischen Diskurs in Thüringen zu führen.

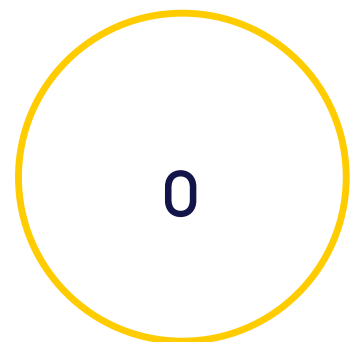
Abstimmung



JA



NEIN



ENTHALTUNG